

Tiroler Tageszeitung

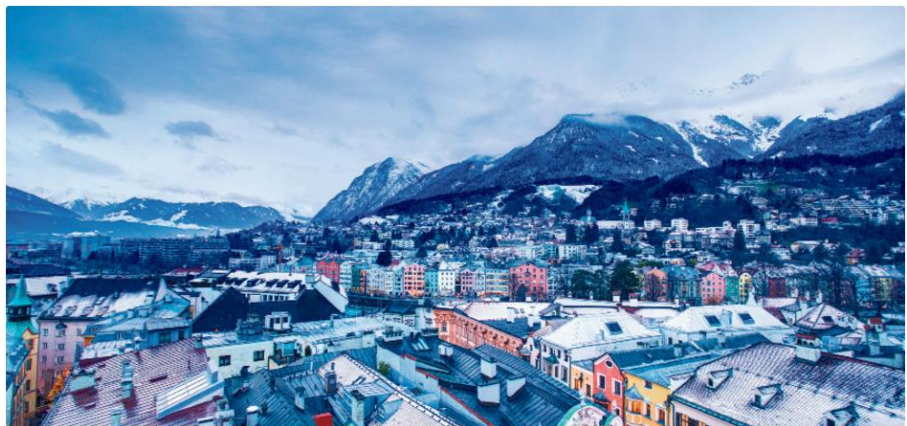
Gemeinde ohne Dorfchef

Bei den nächsten
Wahlen könnten
die Bürgermeister
knapp werden.

Innsbruck – Es werde immer schwieriger, Kandidaten für das Bürgermeisteramt zu finden, warnt Gemeindeverbandschef Ernst Schöpf von der ÖVP. „Von Periode zu Periode verschärft sich die Situation.“ Schöpf glaubt, dass es bereits bei den nächsten Gemeinderatswahlen 2022 knapp werden könnte. Der Job des Bürgermeisters sei ein Fulltime-Job, die finanzielle Lage in vielen Gemeinden nicht rosig. Das erschwere die Suche nach Kandidaten.

Drei Wipptaler Gemeinden werden es anders machen und fusionieren. Folglich würde es nur noch einen Bürgermeister und zwei Vizebürgermeister brauchen, meint Alfons Rastner, Bürgermeister von Mühlbachl. 2021 sollen seine Bürger, jene in Pfons und Matrei abstimmen, ob ihre Gemeinden zusammengelegt werden. Widerstand ortet Rastner kaum. (aheu)

Mehr auf Seite 3



Der Weitblick in der Raumordnung fehlt auch in Innsbruck. Zumindest wird nur innerhalb der Gemeindegrenze und nicht darüber hinaus in den Speckgürtel gedacht.

© iStock

Von Anita Heubacher – (TT 25.01.2019 – Seite 3)

Innsbruck – Der Bürgermeister von Mühlbachl im Wipptal, Alfons Rastner, bricht zwei ganz große Tabus in Tirol. Nicht nur, dass er seine Gemeinde mit Pfons und Matrei fusionieren will, selbiges hat er auch mit der Feuerwehr vor. Letzteres ist eigentlich politischer Selbstmord. Denn Bürgermeister, die sich mit der Feuerwehr anlegen, können ihre Wiederwahl gleich einäschern. Rastner wird bei der nächsten Gemeinderatswahl 2022 nicht mehr antreten. „Das macht die Sache leichter“, wie Rastner am Mittwochabend bei einer Podiumsdiskussion in Innsbruck einräumte.

Der Innsbrucker Kreis hatte geladen, um über Gemeindekooperationen und Fusionen zu sprechen. Der Verein sieht sich als überparteiliche Plattform für politisch Interessierte. 2022 soll es laut Rastner für drei Gemeinden nur noch einen Bürgermeister und zwei Vizebürgermeister geben. Es sind nicht nur finanzielle Überlegungen, die die drei Bürgermeister dazu veranlassten, eine Fusion in Abstimmung mit der Bevölkerung über die Bühne zu bringen. „Die Aufgaben in einer Gemeinde sind sehr komplex. Mit zwei Mitarbeitern ist eine Gemeinde nicht mehr zu verwalten.“

Keinen Druck bei Fusion ausüben

Eine Herausforderung, die Rastner für alle kleinen Gemeinden sieht. Und solche gibt es in Tirol wie Sand am Meer. Tirol ist mit seinen 279 Gemeinden im Vergleich zu anderen Bundesländern sehr klein strukturiert. Im Außerfern beispielsweise gibt es Dörfer, die nicht einmal hundert Einwohner zusammenbringen. Dort sitzt dann, überspitzt formuliert, das halbe Dorf im Gemeinderat. Oft sind das jene Dörfer, die durch ihr homogenes Wahlergebnis auffallen, wo fast alle dasselbe wählen und nur wenige ausscheren. Das bringt gar das Wahlgeheimnis ins Wanken.

Von Gemeindefusionen nicht begeistert ist der Söldner Bürgermeister und Präsident des Gemeindeverbandes Ernst Schöpf, ÖVP. Wenn es die Gemeinden freiwillig tun, hat Schöpf nichts dagegen, aber sanften Druck oder eine Richtungsvorgabe wolle man nicht machen. „Da sind wir uns mit der Landesregierung einig.“

Allerdings könnten andere Zwänge auftreten. „Von Periode zu Periode wird es schwieriger, Bürgermeisterkandidaten zu finden.“ Das Amt des Bürgermeisters sei ein Fulltime-Job, der Bürgermeister selbst sehr exponiert, dazu komme, dass die finanzielle Lage vieler Gemeinden nicht rosig sei. „Uns gehen die Bürgermeister aus. Wer will schon gerne Masseverwalter sein?“, fragt Schöpf vom Podium ins Publikum. Dort sitzt auch Innsbrucks Bürgermeister, Georg Willi, von den Grünen. Er ist gar kein allzu großer Fan von Fusionen. Von oben herab schließt er sie aus. „Fusionen müssen von unten wachsen. Ich stelle fest, dass der Zusammenhalt in den Katastralgemeinden stärker ist. Ein Amraser ist ein Amraser.“

Kooperationen sinnvolle Alternative

Fusionen würden keine finanzielle Ersparnis bringen, hält Georg Keuschnigg vom Institut für Föderalismus dem Publikum und den Mitdiskutanten entgegen. Er setzt auf Kooperationen. Die gelte es weiter auszubauen. Tirol stehe im Vergleich zu anderen Bundesländern nicht schlecht da, was die Zusammenarbeit unter den Gemeinden angehe. „Jede Gemeinde kann in Tirol im Schnitt 27 Kooperationen aufweisen.“ In Südtirol setzt es laut Keuschnigg gar ein Pönale für Gemeinden, die nicht zusammenarbeiten. „Zwangsfusionen“, wie sie das Institut für Föderalismus gerne nennt, lehnt Keuschnigg ab.

Ganz groß im Zusammenarbeiten sind die Vorarlberger Gemeinden. Um Kooperationen zu initiieren, zu koordinieren und sie umzusetzen, wurde eine eigene Stelle eingerichtet und mit Oliver Christof vom Vorarlberger Gemeindeverband besetzt. Personelle Nachbesetzungen in den Gemeinden, Baurechtsangelegenheiten oder IT-Probleme würden zentral gelöst. Ein Manko ortet Christof allerdings. „Es gibt keine Zusammenarbeit zwischen den Bundesländern, dabei müssen Kooperationsmodelle doch nicht immer neu erfunden werden.“

Kooperationen auf Verwaltungsebene sind das eine, der politische Gestaltungswille die andere Ebene. Vor allem die fehlende Zusammenarbeit der Gemeinden in der Raumordnung wird immer wieder kritisiert und treibt seltsame Blüten. War es früher das Schwimmbad, das beinahe jede Gemeinde haben musste, sind es heute Lebensmittelmärkte und Gewerbegebiete auf der grünen Wiese. Probleme, die man auch in Vorarlberg kennt. Peter Bußjäger, Leiter des Instituts für Föderalismus und selbst Vorarlberger, ortet im Ländle sogar eine stärkere Zersiedelung als in Tirol. „Architektonisch haben allerdings die Vorarlberger die Nase vorn.“

Südtirol

In Südtirol müssen Gemeinden unter 5000 Einwohnern zwei Kooperationen zustande bringen, größere Gemeinden eine. Kommt keine Zusammenarbeit zustande, setzt es ein Pönale. Die Personalverwaltungen und die EDV liegen beim Gemeindeverband. Bausachverständige oder Gemeindepolizisten werden gemeinsam gesucht.

Herausforderungen:

Das Institut für Föderalismus weist auf die veränderten Funktionsräume der Bürger hin. Zudem würden deren Ansprüche stetig steigen. Gemeinden müssten alle Stückerln spielen, von der Kinderbetreuung bis zum Freizeitprogramm. Die Komplexität verlange Spezialisierung. Die Zielrichtung müsse lauten: von der Gemeinde zur Region.

Tirol:

Die Bestandsaufnahme des Instituts für Föderalismus sieht wie folgt aus: In Tirol gibt es 946 Kooperationen. Das heißt, im Schnitt kann jede Gemeinde 27 Kooperationen aufweisen. In Vorarlberg zeige sich ein ganz ähnliches Bild. Gemeindefusionen hat es in der Vergangenheit vereinzelt gegeben. Mit Mühlbachl, Pfons und Matriei steht 2022 eine Fusion an.

<http://www.tt.com/politik/landespolitik/15256605/gemeindekooperationen-uns-gehen-die-buergermeister-aus>